

Änderungsantrag

der Abgeordneten Ulrike Flach, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Dr. Karlheinz Gutmacher, Klaus Haupt, Walter Hirche, Birgit Homburger, Ulrich Irmer, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Marita Sehn, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele und der Fraktion der F.D.P.

**zum Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksachen 14/795, 14/1143 –**

Keine weitere Unterstützung der Atomkraftwerke Khmel'nitsky-2 und Rivne-4 in der Ukraine

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Überschrift des Antrages soll lauten:
„Sichere Energieversorgung der Ukraine gewährleisten – Tschernobyl abschalten“
2. Der erste Spiegelstrich wird wie folgt geändert:
 - „die Kreditzusage an die Ukraine für den Weiterbau der Atomkraftwerke Khmel'nitsky-2 und Rivne-4 aufrecht erhalten wird. Die Aufrechterhaltung wird an die Bedingung geknüpft, daß
 - a) die Abschaltung Tschernobyls planmäßig im Jahr 2000 erfolgt;
 - b) die Ukraine nicht bereit ist, einer Umschichtung der Kredite zugunsten der Errichtung von Kraftwerken zuzustimmen;
 - c) die Ukraine keine weiteren Forderungen an die G 7-Staaten stellt,“.
3. Der zweite Spiegelstrich wird wie folgt geändert:
 - „die Ukraine bei einer Neukonzeption der Energieversorgung mit einem ausgewogenen Energie-Mix unterstützt wird. Im Rahmen dieser Neukonzeption sollen auch die bisher ungenutzten Kapazitäten der Wasserkraft und der Gaskraftwerke ausgeschöpft werden;“.

4. Als neuer Spiegelstrich wird angefügt:
- „die Ukraine in den Stand versetzt wird, den Betrieb, die unabhängige Kontrolle und die Wartung ihrer Kraftwerke zu gewährleisten“.

Bonn, den 15. Juni 1999

Ulrike Flach
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Dr. Karlheinz Gutmacher
Klaus Haupt
Walter Hirche
Birgit Homburger
Ulrich Irmer
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Marita Sehn
Dr. Hermann Otto Solms
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Begründung

Zwischen dem Bundeskanzleramt und dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, sowie den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, ob Gaskraftwerke als Ersatz für K2/R4 von der Ukraine akzeptiert werden würden. Eine einseitige Kündigung der Kredite durch die Bundesregierung zum jetzigen Zeitpunkt ohne Konsultationen mit der Ukraine und/oder den G 7-Partnern wäre ein schwerer Fehler, der die Bundesrepublik Deutschland außenpolitisch isolieren würde. Zudem würde das erklärte Ziel, Tschernobyl im Jahr 2000 abzuschalten, nicht erreicht.

Wenn die Ukraine, wie es der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, feststellt, erhebliche Schwierigkeiten hat, einen sicheren Betrieb ihrer Kraftwerke, eine unabhängige Kontrolle und eine angemessene personelle und sachliche Ausstattung der Kraftwerksbetreiber sicherzustellen, müssen diese Fragen im Rahmen von Verhandlungen mit den G 7-Partnern und der Ukraine gelöst werden.

Ein einseitiger Ausstieg aus den Kreditzusagen könnte, so erklärte Kanzleramtsminister Bodo Hombach in der „Welt am Sonntag“ am 13. Juni, dazu führen, daß die Kosten für ein Alternativkonzept von Deutschland allein aufgebracht werden müßten. Wir fordern die Bundesregierung auf, nicht aus ideologischen Gründen Fakten zu schaffen, deren Kosten und außenpolitische Auswirkungen nicht übersehbar sind.